

# WIR HOLEN DIE STADT ZURÜCK

**Bilanz** der linken Beteiligung an der  
rot-rot-grünen Regierung in Berlin 2017–2021

**DIE LINKE.**  
im Abgeordnetenhaus von Berlin



Vorwort	3
Investieren und Berlin sanieren	4
Armut bekämpfen	6
Gegen Mietenexplosion und Verdrängung	9
Gute Arbeit	14
Kultur ist Lebensmittel	17
Beste Bildungschancen und Förderung von Familien	22
Inklusives Berlin	26
Vielfalt und Gleichstellung	28
Partizipation statt Ausgrenzung	31
Mobil in der Stadt	34
Klimaschutz sozial gerecht	37
Gesundheitswesen stärken	40
Lebendige Demokratie, funktionierende Verwaltung	42
Sicherheit statt Überwachung	44
Für ein sportliches Berlin	47
Wissenschaftsstadt	49



Die Stadt gehört allen Berlinerinnen und Berlinern. Als Linksfraktion in Regierungsverantwortung haben wir uns viel vorgenommen, um diesen Satz mit Leben zu füllen: den explodierenden Mieten und der Verdrängung entgegenzutreten, Armut zu bekämpfen, Berlin wieder zum Funktionieren zu bringen, Schulen und Kitas zu sanieren und neue zu bauen und eine ökologische Energie- und Verkehrswende einzuleiten. Die Coronakrise hat erneut gezeigt, wie wichtig eine starke öffentliche Infrastruktur insbesondere für Menschen mit wenig Geld ist. Wir wollen deshalb möglichst viele Wohnungen, Grundstücke und die Energienetze wieder in die öffentliche Hand zurückholen, damit sie auch allen zugutekommen. Hier lesen Sie, was wir in dieser Wahlperiode mit der rot-rot-grünen Regierung umsetzen und in die Wege leiten konnten.

**Anne Helm** und **Carsten Schatz**  
Vorsitzende Linksfraktion Berlin

# INVESTIEREN UND BERLIN SANIEREN

■ Mit den beiden **Haushalten** des Landes für die Jahre 2018/2019 und 2020/2021 haben wir eine milliardenschwere Investitionsoffensive in die Infrastruktur der Stadt begonnen, wie zum Beispiel in Wohnungsbau, Schulbau und -Sanierung, in Radwege und den ÖPNV.

■ Für funktionierende Verwaltungen, Bürgerämter und Schulen haben wir die Ausgaben für das **Personal** des Landes auf etwa 10 Milliarden Euro pro Jahr gesteigert und tausende neue Stellen geschaffen, 3.500 waren es allein 2020.



■ Die Coronapandemie stellt alle vor große Herausforderungen. Um die wirtschaftlichen Folgen abzumildern, hat Berlin eigene **Soforthilfeprogramme** für (Solo-)Selbstständige und kleine und mittlere Unternehmen aufgelegt. Für die Linksfraktion ist klar, dass nicht versucht werden darf, sich aus der Krise heraus zu sparen. Um durch die Pandemie entstandene Kosten zu finanzieren, haben wir die vom Bund vorgegebene Schuldenbremse – die wir auch grundsätzlich ablehnen – ausgesetzt und neue Kredite aufgenommen. Doch das reicht noch nicht aus. Um die Infrastruktur der Stadt krisenfest zu machen und die wirtschaftliche Entwicklung wieder anzukurbeln, müssen wir gerade jetzt alle finanziellen Spielräume ausschöpfen und weiter investieren. Die Linksfraktion wird die Frage nach den sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie und der langfristigen finanziellen Vorsorge für den ökologischen und sozialen Umbau der Stadt deshalb weiterhin auf die Agenda setzen.



# ARMUT BEKÄMPFEN

■ Mit der linken Sozialsenatorin **Elke Breitenbach** haben wir dafür gesorgt, dass die Richtwerte für die von den **Jobcentern oder Sozialämtern übernommenen Mieten** von Menschen, die Hartz IV oder Leistungen der Grundsicherung bekommen, bereits zwei Mal angehoben wurden (AV-Wohnen). Zudem gibt es einen neuen Zuschlag, um Umzüge zu vermeiden. Damit ist es gelungen, dass deutlich mehr Hartz-IV-Beziehenden innerhalb der Richtwerte liegen und sich die Miete nicht mehr vom Munde absparen müssen.

■ Mit dem rot-rot-grünen Projekt „**Solidarisches Grundeinkommen**“ erhalten 1.000 arbeitslose Berlinerinnen und Berliner eine dauerhafte Alternative zu Hartz-IV. Damit wird einerseits Langzeitarbeitslosigkeit abgebaut, andererseits profitiert die ganze Stadt. Denn mit dem Solidarischen Grundeinkommen werden Aufgaben in Kitas, Schulen, Kiezen und im sozialen Bereich finanziert.

■ Mobilität darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Der Preis für das **Sozialticket** (Berlin-Ticket S) für Bus und Bahn wurde im Juli 2017 von 36 Euro auf 27,50 Euro gesenkt. Seit Sommer 2019 ist das Schülerticket für alle Schüler:innen kostenlos. Für Schüler:innen mit berlinpass war dies bereits seit Sommer 2018 der Fall.

■ Seit Anfang 2018 bekommen auch Empfänger:innen von Wohngeld und von SED-Opferrente sowie Verfolgte des Naziregimes den **berlinpass** und damit sowohl das ermäßigte Berlin-Ticket S als auch vergünstigten Eintritt bei zahlreichen Bildungs- und Kultureinrichtungen.

■ Die Leitlinien der Berliner **Seniorenpolitik** wurden in einem breiten partizipativen Prozess weiterentwickelt. Damit soll die Teilhabe der älteren Generation gefördert und unter anderem Altersdiskriminierung verhindert werden.



■ Die linke Sozialsenatorin Elke Breitenbach hat gemeinsam mit den Akteur:innen der Wohnungslosenhilfe eine **Strategie gegen Wohnungslosigkeit** für die gesamte Stadt entwickelt. Die neuen Leitlinien wurden im September 2019 beschlossen.

■ Mehrere **neue Unterkünfte** für Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, wurden eröffnet. Insgesamt stehen für über 33.000 Menschen in Berlin Unterkünfte für Wohnungslose zur Verfügung.

■ Die Unterbringung wohnungsloser Menschen wird komplett und stadtweit neu organisiert. Diese **gesamstädtische Steuerung** (GSTU) ermög-



licht es, wohnungslose Menschen nach ihrem spezifischen Bedarf unterzubringen. Das Projekt ist derzeit in der Pilotphase.

■ Die Ausgaben, um Menschen vor Obdachlosigkeit zu schützen, wurden deutlich erhöht. **Hilfsangebote für Wohnungslose** werden ausgebaut, die Straßensozialarbeit und die Bahnhofsmision gestärkt. Während der Nacht der Solidarität wurde erstmals erhoben, wie viele Menschen in Berlin auf der Straße schlafen.

■ Im Rahmen der **Kältehilfe** 2020/21 wurden bis zu 1.574 Plätze zur Notübernachtung für Obdachlose eingerichtet – so viele wie noch nie. Die Kältehilfe ist außerdem um zwei Monate verlängert worden (Oktober und April). Während der Coronapandemie wurden sieben Hostels angemietet und 624 Plätze im Tag- und-Nacht-Betrieb (24/7) geschaffen. Um obdachlosen Menschen auch tagsüber einen Ort zum Aufwärmen anzubieten, wurden Tagestreffs eingerichtet. Das Angebot an Notübernachtungsplätzen, die das ganze Jahr zur Verfügung stehen, wird erweitert.

■ Bei dem im Herbst 2018 angelaufenen Projekt „**Housing First**“ bekommen mindestens 80 obdachlose Menschen ihre eigene Wohnung – ohne Bedingungen.

■ Um **Strom- und Gassperren zu verhindern**, haben wir eine unabhängige Energieschuldenberatung finanziert, die im Frühjahr 2018 bei der Verbraucherzentrale eröffnet worden ist. Auch die Schuldner- und Insolvenzberatungen in den Bezirken werden ausgebaut.

■ Seit 2018 wurde in allen Berliner Bezirken die **allgemeine unabhängige Sozialberatung** wieder eingerichtet. Das Angebot steht Menschen in existentiellen Notlagen mit Beratung und unmittelbaren Hilfen zur Seite und wird stark nachgefragt.

■ Die Landeskommision zur **Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut** hat die Arbeit aufgenommen.

■ Im Bundesrat setzte sich Berlin für die **Streichung von Sanktionen im HartzIV-System** ein – als einen ersten Schritt konkret für unter 25-jährige, für Bedarfsgemeinschaften mit Kindern und bei den Kosten der Unterkunft.



# GEGEN MIETENEXPLOSION UND VERDRÄNGUNG

■ **Mit dem Mietendeckel** haben wir versucht, alle Spielräume auszunutzen, um die Mieter:innen vor explodierenden Mieten und Verdrängung zu schützen. Wir wollten damit die Mieten einfrieren, Obergrenzen bei Wiedervermietung einführen und Vermieter:innen dazu verpflichten, Mieten bei bestehenden Verträgen abzusenken. Da das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, dass das Land Berlin nicht für die Begrenzung der Mieten zuständig ist, ist jetzt den Bund in der Pflicht, diese Maßnahmen umzusetzen.

■ Die **landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften** sind für uns das Rückgrat einer sozialen Wohnungspolitik. Die linken Senator:innen für Stadtentwicklung und Wohnen **Katrin Lompscher** (Dezember 2016 – August 2020) und **Sebastian Scheel** (seit August 2020) haben wir sie auf sozialen Kurs gebracht. Durch Neubau und Ankauf wollen wir den Bestand der Wohnungen in öffentlicher Hand deutlich erhöhen. Im Laufe dieser Wahlperiode wuchs er bereits um rund 38.500 Wohnungen. Insgesamt verfügen die sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften jetzt über 336.238 Wohnungen (Stand 12/20). Das Ziel, den landeseigenen Bestand bis zum Ende der Legislatur auf 340.000 Wohnungen zu erhöhen, wird mehr als erreicht. Bei Neubauprojekten der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften müssen mindestens die Hälfte der Wohnungen mietpreis- und belegungsgebunden für höchstens 6,70 Euro pro Quadratmeter



an Menschen mit Wohnberechtigungsschein (WBS) vermietet werden. 63 Prozent der vorhandenen Wohnungen, die wieder vermietet werden, werden an WBS-berechtigte Haushalte vermietet. Von diesen 63 Prozent müssen wiederum 25 Prozent der Wohnungen an besondere Bedarfsgruppen, wie zum Beispiel Wohnungslose oder Geflüchtete, vermietet werden.

■ Schon vor dem Mietendeckel hatten wir **Mieterhöhungen** bei landeseigenen Wohnungen begrenzt. Wir als Linke haben nach dem Mietendeckel-Urteil erreicht, dass die Mieten der landeseigenen Wohnungen weiterhin im Sinne des Gesetzes **gedeckelt** bleiben. Bis 2022 darf die Miete gar nicht erhöht werden, danach bis 2025 nur um ein Prozent pro Jahr. Wird eine landeseigene Wohnung wieder vermietet, dann höchstens zur ortsüblichen Vergleichsmiete minus zehn Prozent. Falls das weniger ist als die Vormiete, gilt diese. Durch den Mietendeckel abgesenkte Mieten bleiben abgesenkt, können aber ab 2022 Stück für Stück bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete angehoben werden.

■ **Mieterschutz in der Coronapandemie:** Um Mieter:innen vor einem drohenden Verlust der Wohnung während der Coronapandemie zu schützen, wurden bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften Mieterhöhungen bei Wohnungen und Gewerberäumen, Kündigungen wegen Zahlungsrückständen und Räumungen seit Ende März 2020 ausgesetzt.

■ Im **sozialen Wohnungsbau** gab es seit 2017 für etwa 46.000 Haushalte keine Mieterhöhung. Mieten dürfen im sozialen Wohnungsbau außerdem nicht mehr rückwirkend erhöht werden. Sozialmieter:innen haben jetzt bereits einen Anspruch auf Mietzuschüsse, wenn ihre Warmmiete – statt wie bisher die Kaltmiete – ein Drittel ihres Einkommens übersteigt. Die Höhe des maximalen Mietzuschusses wurde von 2,50 Euro auf 5 Euro pro Quadratmeter angehoben.

■ Offene und kostenlose **Mieterberatungsstellen** für alle Mieter:innen sind in allen Bezirken eingerichtet worden. Zudem können seit Anfang 2019 Menschen mit wenig Einkommen, wie Empfänger:innen von Transferleistungen und Asylbewerber:innen, durch Kooperationsverträge mit Mieterverbänden einen kostenlosen Rechtsschutz bekommen. Dadurch können sich auch Mieter:innen mit wenig Geld gegen unberechtigte Forderungen ihrer Vermieter zur Wehr setzen.

■ **Die Stadt zurückholen:** Um bezahlbare Mieten langfristig zu sichern, wollen wir als Linksfraktion möglichst viele Wohnungen in öffentliches Eigentum bringen. Insgesamt über 20.000 Wohnungen sind gezielt von landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften angekauft worden (Stand 11/20). Beispiele dafür sind das Neue Kreuzberger Zentrum am Kottbusser Tor, das Pallasseum in Schöneberg und das Kosmosviertel in Treptow-Köpenick. In Buckow wurden 900 und in Spandau und Reinickendorf fast 6.000 Wohnungen angekauft. Durch Zusammenarbeit von Senat, Bezirk und Mieter:innen konnten an der Karl-Marx-Allee in Friedrichshain 670 Wohnungen vor dem Verkauf an die Deutsche Wohnen gerettet werden. Als Linksfraktion haben wir erreicht, dass mehr Geld für Ankäufe zur Verfügung gestellt wird.

■ Die Linksfraktion unterstützt die Volksinitiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. Aus einem von uns beauftragten Gutachten geht hervor, dass Berlin befugt ist, ein Gesetz zur **Vergesellschaftung** des Grundes und Bodens großer Immobilienkonzerne zu erlassen. Nach einem erfolgreichen Volksentscheid wollen wir das schnell umsetzen und haben schon einen Aufschlag für ein mögliches Gesetz gemacht.

■ **Gegen Verdrängung:** Wir wollen Mieter:innen vor Spekulation und Verdrängung schützen. Mit dem **Vorkaufsrecht** können die Bezirke in Milieuschutzgebieten in Kaufverträge eintreten und Wohnhäuser zu Gunsten gemeinwohlorientierter Wohnungsunternehmen erwerben. Bereits 84-mal haben die Bezirke davon Gebrauch gemacht und damit 2.415 Wohnungen gesichert. Die Käufer:innen von 313 Häusern mit 7.910 Wohnungen wurden zudem durch sogenannte Abwendungsvereinbarungen dazu verpflichtet, die Ziele des Milieuschutzes einzuhalten. Damit wurde bislang insgesamt für 10.325 Wohnungen in Milieuschutzgebieten eine soziale Wohnungsbewirtschaftung dauerhaft gesichert (Stand 3/2021).

■ Insgesamt sind über eine Million Menschen in 65 **Milieuschutzgebieten** besser vor Verdrängung geschützt. 31 Milieuschutzgebiete sind in dieser Legislatur dazu gekommen.

■ **Flächen ankaufen:** 250 Millionen Euro sind im Haushalt für 2020 und 2021 eingeplant, um dringend benötigte Grundstücke für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung für das Land anzukaufen. Flächen des Lan-

des werden außerdem nicht mehr verkauft, sondern nur noch in Erbbaurecht vergeben, das gilt jetzt auch für Restflächen, die nicht zur Bebauung geeignet sind. Die Linksfraktion will das auch per Gesetz festlegen und hat dafür einen Vorschlag vorgelegt.

■ Der Senat hat außerdem mehrere **Vorkaufsrechtsverordnungen** erlassen, um Flächen für eine soziale Stadtentwicklung zu sichern.

■ Um besser gegen illegale **Ferienwohnungen** und spekulativen Leerstand vorgehen zu können, haben wir das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum verschärft. Für Ferienwohnungen wurde eine Registrierungspflicht eingeführt. Wohnungen sollen zum dauerhaften Wohnen da sein; kurzzeitige Weitervermietungen müssen deshalb durch die Bezirksämter genehmigt werden. Träger von sozialen Einrichtungen, wie zum Beispiel betreutes Wohnen, sorgen für Wohnraum und fallen deshalb nicht unter das Verbot.

■ Bei großen **Neubauprojekten** privater Bauherren müssen mindestens 30 Prozent der Wohnflächen als Sozialwohnungen errichtet werden, statt wie zuvor 25 Prozent der Wohnungen.

■ Um neuen Wohnraum zu schaffen, werden 16 **neue Stadtquartiere** vom linken Stadtentwicklungssenator Sebastian Scheel unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit entwickelt. Die über 50.000 Wohnungen entstehen in gemischten Quartieren, für die auch die soziale, kulturelle und verkehrliche Infrastruktur mitentwickelt wird. Auch hier gilt: Dort, wo auf landeseigenen Flächen gebaut wird, wird die Hälfte der Wohnungen für WBS-Berechtigte und die andere Hälfte zu leistbaren Mieten errichtet.

■ Mit zuletzt über 19.000 (2019) Fertigstellungen wurden in Berlin deutlich mehr **Neubau-Wohnungen** errichtet als zu Beginn der Legislaturperiode. Auch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften haben ihren Neubau deutlich gesteigert: von 1.300 fertiggestellten Wohnungen im Jahr 2016 auf 5.792 im Jahr 2020. Von 2017 bis Ende 2021 werden die städtischen Wohnungsbaugesellschaften insgesamt über 30.000 Wohnungen begonnen und über 21.000 Wohnungen fertiggestellt haben.

■ Um Anwohner:innen bei Neubauprojekten frühzeitig einzubeziehen,

sind neue **Leitlinien für mehr Bürgerbeteiligung** entwickelt und vom Senat im Herbst 2019 beschlossen worden. Bei besonders umstrittenen Projekten wie beispielsweise der Fischerinsel oder dem Checkpoint Charlie konnten wir erreichen, dass die bisherigen Pläne überarbeitet werden.

■ **Genossenschaften** bekommen eine neue Förderung sowie Grundstücke, damit sie dort preiswerte Wohnungen bauen können. Für Genossenschaften wird auch ein Modell für dauerhafte Mietpreis- und Belegungsbindungen der Wohnungen entwickelt, bislang sah die Wohnraumförderung dafür lediglich 30 Jahre vor. Zusätzlich werden WBS-berechtigte Haushalte dabei unterstützt, Genossenschaftsanteile zu kaufen.

■ Auch das **Personal** in den Verwaltungen für den Bereich Bauen und Wohnen wurde deutlich aufgestockt, um zum Beispiel Bauanträge schneller zu bearbeiten.

■ Um vorhandenen Wohnraum sinnvoller aufzuteilen, haben die landeseigenen Wohnungsunternehmen im Herbst 2018 eine **Online-Wohnungstauschbörse** eingeführt. Damit können die Mieter:innen der landeseigenen Wohnungen ihre Wohnungen untereinander tauschen.

■ Die **Ufer** der Berliner Gewässer müssen für alle öffentlich zugänglich sein, dafür haben wir einen Antrag ins Abgeordnetenhaus eingebracht.

■ Die **Zweitwohnungssteuer** wurde ab 2019 erhöht.

■ Wichtige Immobilien und Grundstücke für Wohnungsbau, Kultur und Bildung wie das **Haus der Statistik** oder das Dragoner Areal konnten an Berlin übertragen beziehungsweise von Berlin erworben werden.

■ Wir wollen, dass die **Grundstücke** und Gebäude, die dem Bund gehören, für das Gemeinwohl genutzt, anstatt zu Höchstpreisen verkauft werden. Die von Berlin dazu eingebrachte Bundesratsinitiative wurde angenommen. Der Bund möchte nun seine Grundstücke für soziale Zwecke verbilligt an das Land Berlin abgeben. Weitere Bundesratsinitiativen zu Mietzahlungsverzug, zur Verschärfung der Mietpreisbremse, für ein soziales Mietrecht und zum Schutz von Mietverträgen von Gewerbetreibenden wurden gestartet.

# GUTE ARBEIT

■ Mit der linken Arbeitssenatorin Elke Breitenbach haben wir die **Mindestlöhne** bei den landeseigenen Betrieben, bei Empfängern von Zuschüssen des Landes und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge auf 12,50 Euro pro Stunde angehoben. Um Armut in der Stadt zurückzudrängen, will die Linksfraktion, dass die Berliner Mindestlöhne weiter steigen. Wir wollen, dass nur Unternehmen öffentliche Aufträge bekommen, die sich dazu verpflichten, ortsübliche Tarife zu bezahlen. Bei der Reform des **Vergabegesetzes** haben wir durchgesetzt, dass eine umfassende Tariftreuregung, also die Pflicht bei der Ausführung öffentlicher Aufträge Tariflöhne zu zahlen, im Vergabegesetz aufgenommen wurde.

■ Wir haben beschlossen, dass **keine sachgrundlosen Befristungen** von Arbeitsverträgen im öffentlichen Dienst und bei den landeseigenen Unternehmen mehr erfolgen sollen.

■ Im Haushalt ist Vorsorge getroffen worden, um auch in Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, gute Arbeit und **tarifgebundene Bezahlung** gewährleisten zu können.

■ Wir wollen die Arbeitsbedingungen bei Trägern von **sozialen Einrichtungen**, die Zuwendungen vom Land oder von den Bezirken bekommen, verbessern. Deshalb haben wir im Haushalt Mittel für Tarifierhöhungen bereitgestellt und es wird kontrolliert, dass diese auch wirklich bei den Beschäftigten ankommen. Die Gehälter sind bereits um 3,65 Prozent gestiegen, im Sozial- und Erziehungsdienst sogar um 6,24 Prozent.

■ Um Dozent:innen an den **Volkshochschulen** besser bezahlen zu können, bekommen die Bezirke mehr Geld.

■ Die Bezirke erhalten deutlich mehr Mittel, um Lehrer:innen an **Musikschulen** fest anzustellen und ihre Honorare anzuheben. Das Land Berlin hat sich in den Tarifverhandlungen im Rahmen des Tarifvertrags der Län-





der (TV-L) dafür eingesetzt, dass Erzieher:innen und Sozialpädagog:innen im Dienst des Landes deutlich besser bezahlt werden. Die Tarifverhandlungen haben eine Angleichung ihrer Gehälter an das Niveau des Bundes (TVÖD) ab 2020 ergeben.

■ Beim Ordnungsamt Pankow wurde eine für ganz Berlin zuständige Stelle zur **Bekämpfung von Schwarzarbeit** eingerichtet, die sich als fester und anerkannter Bestandteil im Kampf gegen illegale Beschäftigung etabliert hat.

■ Die Arbeit des Berliner **Beratungszentrums** für Migration und Gute Arbeit wurde im Haushalt abgesichert.

■ Der Weg zur Anerkennung einer Berufskrankheit ist in der Regel lang. Die neu eingerichtete **Beratungsstelle für Berufskrankheiten** bietet während des Verfahrens Unterstützung – vertraulich, unabhängig und kostenfrei.

■ Für Jugendliche, die pandemiebedingt ihren Ausbildungsplatz im Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes verloren haben oder ihre Lehre erst gar nicht beginnen konnten, wurde das „**Ausbildungshotel**“ mit 100 Plätzen ins Leben gerufen. In zwei Hotels können die Jugendlichen ihre Ausbildungen fortsetzen.

■ Arbeitsschutz gestärkt: Während der Coronapandemie ist Berlin bei **Home-Office-Pflicht** und der Pflicht für Unternehmen, Corona-Tests für die Mitarbeiter:innen anzubieten, bundesweit vorangegangen. Die Einhaltung wird verstärkt kontrolliert, eine Task-Force und eine Hotline wurden eingerichtet.

■ Nachdem die Bundesregierung und andere Bundesländer nicht bereit waren, sich an einer Lösung für alle von der **Air-Berlin-Pleite** betroffenen Mitarbeiter:innen zu beteiligen, ließ der Senat die Berliner Beschäftigten nicht im Regen stehen und unterstützte die Gründung einer **Transfersellschaft** für sie.

# KULTUR IST LEBENSMITTEL

■ Mit verschiedenen **Soforthilfeprogrammen** haben wir mit dem linken Senator für Kultur und Europa **Klaus Lederer** soloselbständigen Künstler:innen in der Coronakrise unbürokratisch unter die Arme gegriffen und mit Zuschüssen die Existenz von Kulturinstitutionen und -betrieben, zum Beispiel privaten Theatern, Clubs, Kinos, Museen gesichert. Diese sind besonders hart von den durch die Coronapandemie notwendig gewordenen Schließungen und Ausfällen getroffen worden. Dabei hat Berlin für (Solo-)Selbständige auch Kosten für den Lebensunterhalt und nicht nur Betriebsausgaben bezuschusst. Außerdem hat die Senatsverwaltung für Kultur 2.000 Stipendien für Künstler:innen vergeben, für insgesamt 18 Millionen Euro.

■ Wir setzen uns **gegen prekäre Beschäftigung** im Kulturbereich ein. Die Mittel für zahlreiche Kulturinstitutionen wurden im Haushalt erhöht, um Tarifsteigerungen zu finanzieren. Diese gehen jetzt nicht mehr zu Lasten des künstlerischen Etats. Tarifsteigerungen können endlich auch die Beschäftigten bei Zuwendungsempfängern in freier Trägerschaft erhalten. Um Mindesthonorare zahlen zu können, wurden die Mittel in der Projektförderung deutlich erhöht.

■ Wir stärken die **kulturelle Basis** der Stadt in den Bezirken und Kiezen. Die Mittel für die kulturelle Bildung wurden erhöht und der Bezirkskulturfonds wurde verdoppelt.

■ **Eintrittsfreier Sonntag:** Kultur muss allen offen stehen, unabhängig vom Geldbeutel. Ab Sommer 2021 wird es deshalb einen eintrittsfreien Sonntag pro Monat in den Berliner Museen geben. Gleichzeitig werden in den Einrichtungen verstärkt kulturelle Vermittlungsangebote ermöglicht.

■ **Aufarbeitung Kolonialismus:** Ein weiterer Schwerpunkt der Erziehungskultur entsteht zur Auseinandersetzung mit der Berliner Kolonialgeschichte. Berlin stellt sich seiner Verantwortung und unterstützt die



Aufarbeitung des kolonialen Unrechts, unter anderem mit einem auf fünf Jahre angelegten Projekt „Dekoloniale – Erinnerungskultur in der Stadt“ in enger Kooperation von zivilgesellschaftlichen Initiativen, und Kulturinstitutionen.

■ Das Berliner **Projektbüro für Diversitätsentwicklung** sorgt seit 2017 dafür, dass die Vielfalt Berlins im Kulturbereich stärker sichtbar wird und strukturell oder institutionell verankerte Formen von Diskriminierung abgebaut werden.

■ Mit der Einrichtung eines **Festivalfonds** sichern wir dauerhaft die Zukunft der Fête de la Musique und anderer Veranstaltungsreihen, die bisher jedes Jahr aufs Neue um ihre Finanzierung bangen mussten.

■ **(Frei-)Räume erhalten und ausbauen:** Die Mittel, um Arbeitsräume für Künstler:innen anzumieten, wurden aufgestockt. Zudem wurde ein Kulturraum-Büro eingerichtet, das sich um Akquise und Herrichtung von Kulturimmobilien kümmert. Damit sichert und baut Berlin Räume für Kulturschaffende aus und reagiert auf den steigenden Kostendruck des Mietmarktes.

■ Mit dem Kauf des **Radialsystems** an der Holzmarktstraße hat Kulturse-



nator Klaus Lederer einen bedeutenden Kulturstandort für die freie Szene in Landeseigentum gebracht.

■ In der ehemaligen **Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“** in der Schnellerstraße entsteht Berlins größtes Produktions- und Probezentrum der Darstellenden Künste der freien Szene.

■ **Rockhaus gerettet:** Nachdem den Musiker:innen im Rockhaus Lichtenberg ihre Proberäume gekündigt worden waren, erreichte die Kulturverwaltung eine Einigung mit dem Eigentümer und konnte so 180 Proberäume für fast 1.000 Musiker:innen für die nächsten 20 Jahre sichern.

■ Wir entwickeln die **Alte Münze** in Mitte als Kulturstandort mit Schwerpunkt Musik und hat das für die Sanierung notwendige Geld zur Verfügung gestellt.

■ Wir wollen alternative Räume für Jugendliche erhalten. Der linke Stadtentwicklungssenator Sebastian Scheel hat dem von Räumung bedrohten selbstverwalteten Jugendzentrum **Potse** die Alte Zollgarage als Alternativobjekt angeboten.

■ Kultursenator Klaus Lederer konnte René Pollesch als neuen Intendanten der **Volksbühne** ab Sommer 2021 gewinnen. Damit wurden die Weichen gestellt, um an diesem bedeutenden Theaterstandort wieder einen herausragenden Ensemble- und Repertoirebetrieb aufzubauen.

■ Die Zukunft der **Ku'damm-Bühnen** konnte gesichert und ein jahrelanger Konflikt beendet werden.

■ Um Anwohner:innen von Clubs vor Lärm zu schützen und gleichzeitig **Clubkultur** in der Innenstadt weiter zu ermöglichen, wurde eine Million Euro für einen Lärmschutzfonds zur Verfügung gestellt. Damit können zum Beispiel Lärmschutzwände oder schallschluckende Einbauten in den Clubs finanziert werden. In Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen Clubs als Kulturstätten behandelt werden. Mit den Berliner Soforthilfeprogrammen konnte das Überleben der Berliner Clublandschaft auch in der Coronakrise gesichert werden. Ein Lebenszeichen in schwierigen Zeiten sendeten die Clubs beim „Tag der Clubkultur“ – auf Klaus Lederers Initiative wurden vierzig Clubs und Kollektive mit 10.000 Euro für ihr langjähriges Engagement in der Berliner Clubkultur ausgezeichnet.

■ Die Bezirke erhalten deutlich mehr Mittel, um Lehrer:innen an **Musikschulen** fest anstellen und höhere Honorare zahlen zu können, und sie bekommen zusätzliches Geld für die **Jugendkunstschulen**.

■ Deutlich gestärkt wurden auch die **Kinder-, Jugend- und Puppentheater** mit überproportional höheren Mittelzuweisungen. Weitere Angebote kultureller Bildung wurden ebenfalls ausgebaut und finanziell gestärkt.

■ Durch den **Hauptstadtfinanzierungsvertrag** erhält Berlin in den kommenden zehn Jahren mehr Geld für Kultur vom Bund.

■ Die **Digitale Entwicklung** im Kulturbereich wird mit einem neuen Förderprogramm für Kultureinrichtungen und die Freie Szene unterstützt. Die Förderung des Forschungs- und Kompetenzzentrums Digitalisierung Berlin konnte verstetigt werden, dadurch können kulturelle Werke digitalisiert und über das Internet dauerhaft öffentlich zugänglich gemacht werden.

■ Die **öffentlichen Bibliotheken** Berlins sind die meistgenutzten Kultur-

einrichtungen der Stadt. Um diese für die Zukunft fit zu machen, haben die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen einen neuen Bibliotheksentwicklungsplan auf den Weg gebracht.

■ Mit der Standortentscheidung für den Neubau der **Zentral- und Landesbibliothek (ZLB)** wurde eine wichtige Zukunftsentscheidung für eine moderne Zentralbibliothek im Netz der Berliner Bibliotheken getroffen.

■ Die Bebauung des Gartens des **Magnus-Hauses** für eine Siemens-Repräsentanz konnte verhindert werden. Das letzte barocke Stadtpalais in Mitte bleibt somit als bauliches Juwel erhalten.

■ Mit dem Nikolaiviertel, dem Flughafen Tegel, dem ICC, dem Friedrichstadtpalast und dem Teufelsberg wurden architektonisch, städtebaulich und historisch wichtige Orte der Nachkriegszeit unter **Denkmalschutz** gestellt.

■ Das Europäische Kulturerbejahr wurde gemeinsam mit der Stadtgesellschaft gestaltet. Mit dem **Kulturzug** nach Wrocław, der Mitwirkung im Europäischen Städtenetzwerk oder mit Kulturveranstaltungen in Brüssel wurden weitere Beiträge zum kulturellen Zusammenhalt Europas geleistet. Berlin hat sich stark gemacht für die Weiterentwicklung der Sozialen Säule der EU.

■ „Den Forderungen der **Hohenzollern** nach Entschädigung für enteignetes Vermögen und der Rückgabe von Kunstwerken haben wir im Abgeordnetenhaus per Entschließungsantrag eine **klare Absage** erteilt.“

■ Mit den Stimmen der demokratischen Fraktionen hat das Abgeordnetenhaus Anfang Mai 2021 den Bezug Berlins zu **Europa** in der Berliner Verfassung verankert.

■ Die Linksfraktion hat sich seit Langem dafür eingesetzt, Paul von Hindenburg von der **Ehrenbürgerliste** Berlins zu streichen. Hindenburg hatte 1933 Hitler zum Reichskanzler ernannt und war kurz danach auf Betreiben der Nationalsozialisten zum Ehrenbürger Berlins gemacht worden. Ende Februar 2020 wurde er endlich von der Ehrenbürgerliste gestrichen.

# BESTE BILDUNGS- CHANCEN UND FÖRDERUNG VON FAMILIEN

■ Seit August 2018 sind alle **Kitajahre** in Berlin **kostenlos**. Um zu verhindern, dass Kitas erster und zweiter Klasse entstehen, weil manche Träger hohe Zusatzbeiträge verlangen, wurden diese Beiträge stark eingeschränkt.

■ In der Kita wurde die **Bedarfsprüfung abgeschafft**; alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr haben seit Anfang 2018 Anspruch auf eine 7-Stunden-Betreuung pro Tag.

■ **Kitaausbau**: Derzeit gibt es etwa 175.000 Plätze in Kita und Tagespflege. In dieser Wahlperiode wurde mehr Geld denn je in den Ausbau von Kitaplätzen gesteckt. 477 Projekte von Kita-Trägern wurden mit 260 Millionen Euro gefördert. Außerdem baut Berlin erstmals selbst Kitas. Das reicht aber noch nicht. Bis 2025 sollen nochmal 26.000 Plätze dazukommen. Dafür brauchen wir gut ausgebildete und motivierte Erzieher:innen und beste Bildungsqualität für alle Kinder.

■ Auch im **Schulhort** wurden im Sommer 2019 in einem ersten Schritt für die erste und zweite Klasse die Bedarfsprüfung und die Gebühren abgeschafft.

■ Der Einstieg in die **Lernmittelfreiheit** entlastet das Familienbudget zusätzlich: Die Schulbücher für Grundschulkinder sind seit Sommer 2018 kostenlos.

■ Das **Schulessen** für Grundschulkinder ist seit Sommer 2019 **kostenlos**. Wir haben außerdem das Geld aufgestockt, um die Mensen an den Grundschulen auszubauen.





■ Die Linksfraktion hat dafür gekämpft, dass Berlin als erstes Bundesland **Grundschullehrer:innen** bei der Bezahlung mit den Lehrkräften an den weiterführenden Schulen gleichstellt.

■ Lehrer:innen an **Brennpunktschulen** bekommen seit Sommer 2018 eine Zulage von 300 Euro pro Monat. Die Linksfraktion hat sich dafür eingesetzt, dass Erzieher:innen an diesen Schulen eine höhere Tarif-Eingruppierung erhalten. Ab Sommer 2021 wird die Brennpunkt-Zulage zudem auch an Erzieher:innen in Kitas in schwieriger Lage gezahlt.

■ Das Geld, um **Sozialarbeiter:innen an Schulen** anzustellen, wurde deutlich erhöht. Davon sollen unter anderem 300 zusätzliche Stellen geschaffen werden, sodass ab dem Schuljahr 2021/22 an jeder Schule mindestens ein:e Sozialarbeiter:in tätig ist.

■ Um die maroden Schulen zu sanieren und neue zu bauen, hat Rot-Rot-Grün eine **Schulbauoffensive** gestartet. Bis zum Schuljahr 2025/26 erwartet Berlin einen Zuwachs von etwa 53.000 Schülerinnen und Schülern. Für die Schulbauoffensive werden mindestens 5,5 Milliarden Euro benötigt. Damit werden Schulen saniert sowie Ergänzungsbauten und rund 60 neue Schulen gebaut. Um schnell mehr Platz zu schaffen, wurden bis Oktober 2020 schon 68 Modulare Ergänzungsbauten errichtet. Bis Ende Juli 2020 hatten bereits die ersten drei Neubauschulen sowie ein neugebautes Oberstufenzentrum den Betrieb aufgenommen. Hinzu kommen fünf Grundsteinlegungen und vier Richtfeste 2020. Insgesamt sind mit der Schulbauoffensive bereits 22.000 Schulplätze entstanden.

■ Um die **Finanzierung der Schulbauoffensive** langfristig zu sichern und diese Mammutaufgabe auf verschiedene Schultern zu verteilen, wurde die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE mit Sanierung und Bau eines Teiles der Schulen beauftragt.

■ Um Bildung besser zu finanzieren, wollen wir, dass das **Kooperationsverbot** zwischen Bund und Ländern in diesem Bereich aufgehoben wird. Dazu hat Berlin im Herbst 2017 gemeinsam mit anderen Bundesländern eine Initiative in den Bundesrat eingebracht.

■ Wir stärken die **inklusive Schule** und stellen dafür mehr Geld zur Ver-

fügung. Für Schulen, die bereits inklusiv arbeiten, wird mehr Geld bereitgestellt, um ihre Ausstattung in Anlehnung an die inklusiven Schwerpunkt-schulen zu verbessern.

■ **Länger gemeinsam lernen:** Die **Gemeinschaftsschule** wurde mit der Änderung des Schulgesetzes als eine reguläre Schulart im Schulgesetz verankert.

■ **Saubere Schulen:** Mit dem Haushalt für 2020/21 wurden den Bezirken 16 Millionen Euro zusätzlich gezahlt, damit die Tagesreinigung an den Schulen verbessert werden kann.

■ Um digitales Lernen in der Coronakrise für alle Schüler:innen zu ermöglichen, wurden über 50.000 **Tablets** für Schüler:innen zur Verfügung gestellt, deren Familien sich keine Geräte leisten können.

■ Mit dem **Jugendförder- und Beteiligungsgesetz**, das im Sommer 2019 beschlossen wurde, stellen wir die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in der ganzen Stadt völlig neu auf. Freizeitangebote werden damit endlich langfristig finanziert. Außerdem können Kinder und Jugendliche darüber mitbestimmen, für welche Angebote Gelder verwendet werden.

■ **Familien:** Die Angebote der Familienzentren und Familienberatungsstellen werden ausgebaut. Leistungen „aus einer Hand“ soll es künftig in Familienservicebüros geben, die Familien im Umgang mit Behörden entlasten sollen. Zusätzliche Mittel gibt es auch für Familienbildung und -erholung.

■ Mit dem **Familienförderungsgesetz** werden Standards für Angebote für Familien in der ganzen Stadt festgelegt und deren Finanzierung dauerhaft sichergestellt.

■ Alle 12 Berliner Bezirke richten eine Anlaufstelle für **Alleinerziehende** ein. Ihnen zur Seite stehen Sozialarbeiter:innen, die jeweils mit Beratungen und Angeboten Elternteile unterstützen.

■ Mit dem neuen Landesprogramm **Stadtteilmütter** werden bewährte Strukturen für Familien in den Bezirken ausgebaut. Dafür stehen fast 9,7 Millionen Euro bereit.

# INKLUSIVES BERLIN

■ Wir treten für Inklusion in allen gesellschaftlichen Bereichen ein. Wir haben das Landeswahlgesetz geändert und damit ein **inklusives Wahlrecht** für Berlin geschaffen, das keine Menschen mit Behinderungen mehr vom Wahlrecht ausschließt.

■ Mit dem Berliner **Teilhabegesetz** wurde die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Berlin auf eine solide gesetzliche Grundlage gestellt und die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verbessert.

■ Wir setzen die **UN-Behindertenrechtskonvention** in Berliner Landesrecht um. Dafür hat die linke Sozialsenatorin Elke Breitenbach einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem Barrierefreiheit sowie Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen weiter gestärkt werden.



■ Wir stärken die **inklusive Schule** und stellen dafür mehr Geld zur Verfügung. Für Schulen, die bereits inklusiv arbeiten, wird ebenfalls mehr Geld bereitgestellt, um ihre Ausstattung in Anlehnung an die inklusiven Schwerpunktschulen zu verbessern.

■ Das Projekt **Inklusionstaxi** wurde finanziert. Die barrierefreien Taxis ermöglichen es Menschen im Rollstuhl, spontan ein Taxi zu bestellen.

■ Seit Anfang 2019 haben alle taubblinden Menschen Anspruch auf das **Landespflegegeld**.

■ Die Linksfraktion hat den Vorsitzenden des Berliner Behindertenverbands für den **Rundfunkrat** des rbb aufgestellt. Damit haben Menschen mit Behinderungen nun endlich auch eine Vertretung in den Gremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

■ Durch schnelles und konsequentes Handeln der linken Sozialsenatorin Elke Breitenbach wurde während der Corona-Pandemie ein **Schutzschirm** für die Berliner **Inklusionsbetriebe** aufgespannt, um die Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen zu erhalten.



# VIELFALT UND GLEICHSTELLUNG

■ Berlin hat als erstes Bundesland ein **Landesantidiskriminierungsgesetz** (LADG) beschlossen. Durch das Gesetz können Menschen besser gegen Diskriminierungen durch öffentliche Stellen des Landes Berlin, wie Verwaltungen, Behörden oder die Polizei, vorgehen.

■ Für **Projekte gegen Rechts**, gegen Rassismus, Antisemitismus und Homophobie wurden im Haushalt deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt.

■ Zur **Prävention von Antisemitismus** hat das Land Berlin ein Konzept verabschiedet und die Stelle eines Ansprechpartners zur Bekämpfung von Antisemitismus eingerichtet. Dessen Aufgabe ist es unter anderem, Maßnahmen zur Antisemitismusprävention weiterzuentwickeln und mit Bundes- und Bezirksebene abzustimmen.

■ Eine neue Expert:innenkommission setzt sich mit **antimuslimischem Rassismus** auseinander, um eine theoretische Basis für die Entwicklung von Strategien zur Prävention zu erarbeiten.

■ Wie im Koalitionsvertrag versprochen, verleihen wir der alten **Initiative sexuelle Vielfalt** aus den Jahren 2009/2011 neuen Schwung. Mit dem Maßnahmenplan für mehr Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt schaffen wir eine dauerhafte Struktur der Akzeptanzarbeit für LSBTIQ\* in Berlin.

■ Anfang September 2018 wurde das von der rot-rot-grüne Koalition initiierte erste **queere Jugendzentrum** für die ganze Stadt in der Sonnenburger Straße 69 in Prenzlauer Berg eröffnet.

■ Rot-Rot-Grün hat den Internationalen **Frauentag** am 8. März zum neuen **Feiertag** für Berlin gemacht. Wir als Linksfraktion konnten zudem erreichen, dass der 8. Mai als **Tag der Befreiung** vom Nationalsozialismus zum 75. Jahrestag 2020 als einmaliger Feiertag begangen wurde und dau-





erhaft als Gedenktag gewürdigt wird. Wir setzen uns weiter dafür ein, den Tag der Befreiung zum bundesweiten Feiertag zu machen.

■ Wir haben **Frauenprojekte und den Kampf gegen Gewalt an Frauen** gestärkt und mehr Geld im Anti-Gewalt-Bereich zur Verfügung gestellt. Die Schutzplätze in Frauenhäusern wurden von 687 auf 973 Plätze ausgebaut. 2021 soll das achte Frauenhaus eröffnet werden. Die Einrichtungen werden außerdem auf die besonderen Bedürfnisse verschiedener Gruppen, wie zum Beispiel Frauen mit Behinderungen, abgestimmt. Die Beratung für Frauen, die von Cyberstalking betroffen sind, wurde ausgeweitet. Um



die Aufenthaltsdauer im Frauenhaus nicht wegen fehlendem Wohnraum zu verlängern, werden Frauen bei der Wohnungssuche künftig besonders unterstützt.

■ Um die **Auswirkungen der Coronapandemie** auf die soziale und ökonomische Situation von Frauen in Berlin abschätzen zu können, wurde eine Studie beim WZB beauftragt. Erforscht werden soll, wie sich die Situation von Frauen und Familien in Berlin verändert hat und welcher politischen Maßnahmen es bedarf, um die durch die Pandemie entstandenen Nachteile auszugleichen.

■ Erfolgreich wurde das **Landesgleichstellungsgesetz** auf Richter:innen und Staatsanwält:innen ausgeweitet. Jetzt haben auch sie die Möglichkeit sich durch eine entsprechende Frauenvertretung vertreten zu lassen.

■ Seit August 2020 gibt es ein **Expert:innengremium**, welches sexistische und diskriminierende Werbung im Land Berlin reduzieren und verhindern will.

■ Um mehr **Frauen in technische Berufe** zu bringen, haben die rot-rot-grünen Fraktionen beschlossen, die Reservierungsquote für Ausbildungsplätze für Frauen bei den landeseigenen Unternehmen umzusetzen.

■ Die **Bezahlung der Beschäftigten** in Frauenprojekten wurde an die Regelungen des Tarifvertrages der Länder angepasst.

■ Jede Frau hat das Recht, über ihren Körper selbst zu bestimmen. Dazu gehören frei zugängliche Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen. Berlin hat deshalb eine **Bundesratsinitiative zur Abschaffung des §219a**, der das „Werben“ für Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt, eingebracht. Um Ärzt:innen vor Strafverfolgung zu schützen, veröffentlicht die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung selbst eine Liste von Praxiseinrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen.

■ Da Frauen in den Parlamenten immer noch massiv unterrepräsentiert sind, setzt sich die Linksfraktion für ein **Paritätsgesetz** in Berlin ein, und hat dafür bereits einen eigenen Gesetzentwurf erarbeitet.

# PARTIZIPATION STATT AUSGRENZUNG

■ Unter umfangreicher Beteiligung der Stadtgesellschaft und Geflüchteten selbst hat die linke Integrationssenatorin Elke Breitenbach ein **Gesamtkonzept** zur Integration und Partizipation und für ein selbstbestimmtes Leben von Geflüchteten in Berlin erarbeitet und im Dezember 2018 der Öffentlichkeit vorgestellt.

■ Um die Vielfalt Berlins im Öffentlichen Dienst widerzuspiegeln und die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte zu verbessern, wurde das Partizipations- und Integrationsgesetz zum Gesetz zur Förderung der **Partizipation in der Migrationsgesellschaft** weiterentwickelt. Menschen mit Migrationshintergrund sollen als Beschäftigte in der Verwaltung gemäß ihrem Anteil an der Berliner Bevölkerung repräsentiert werden. Außerdem wird ein Beirat für Sinti und Roma eingerichtet.

■ Berlin war und ist Schutzort und Lebensmöglichkeit für Geflüchtete. Um diesen Anspruch zu unterstreichen, ist Berlin im Januar 2019 dem Netzwerk „**Solidarity Cities**“ beigetreten. Auf Initiative der Linksfraktion wurde in den letzten Haushaltsberatungen eine Stelle zur Koordinierung dieser Aktivitäten bei der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales verankert.

■ Berlin setzt ein eigenes **humanitäres Aufnahmeprogramm** für besonders schutzbedürftige und binnenvertriebene Menschen auf. 100 Menschen pro Jahr sollen auf diese Weise in Berlin Schutz und ein neues Zuhause finden können. Der Senat hat dafür eine Landesaufnahmeanordnung für Menschen aus Libanon erstellt, die sich noch in der Abstimmung mit dem Bundesministerium für Inneres befindet.

■ Berlin setzt sich für die **Aufnahme von Geflüchteten** aus den Lagern auf den griechischen Inseln ein. Das wird jedoch vom Bundesinnenminister blockiert. Mit einer Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht will Berlin das Recht auf eine eigenständige humanitäre Aufnahme von Ge-

flüchteten durchsetzen, ohne sich vorher die Genehmigung des Bundesinnenministeriums holen zu müssen.

■ Alle **Notunterkünfte** für Geflüchtete in Turnhallen und weitere Notunterkünfte an ungeeigneten Orten wurden frei gezogen und die Lebens- und Wohnbedingungen geflüchteter Menschen sowie ihre gesellschaftliche Teilhabe werden zunehmend verbessert. In den Hangars im Tempelhofer Flughafen sind seit Ende 2018 keine geflüchteten Menschen mehr untergebracht. Das Ankunftscenter ist 2019 auf das Gelände des Karl-Bonhoeffer-Klinikums umgezogen.

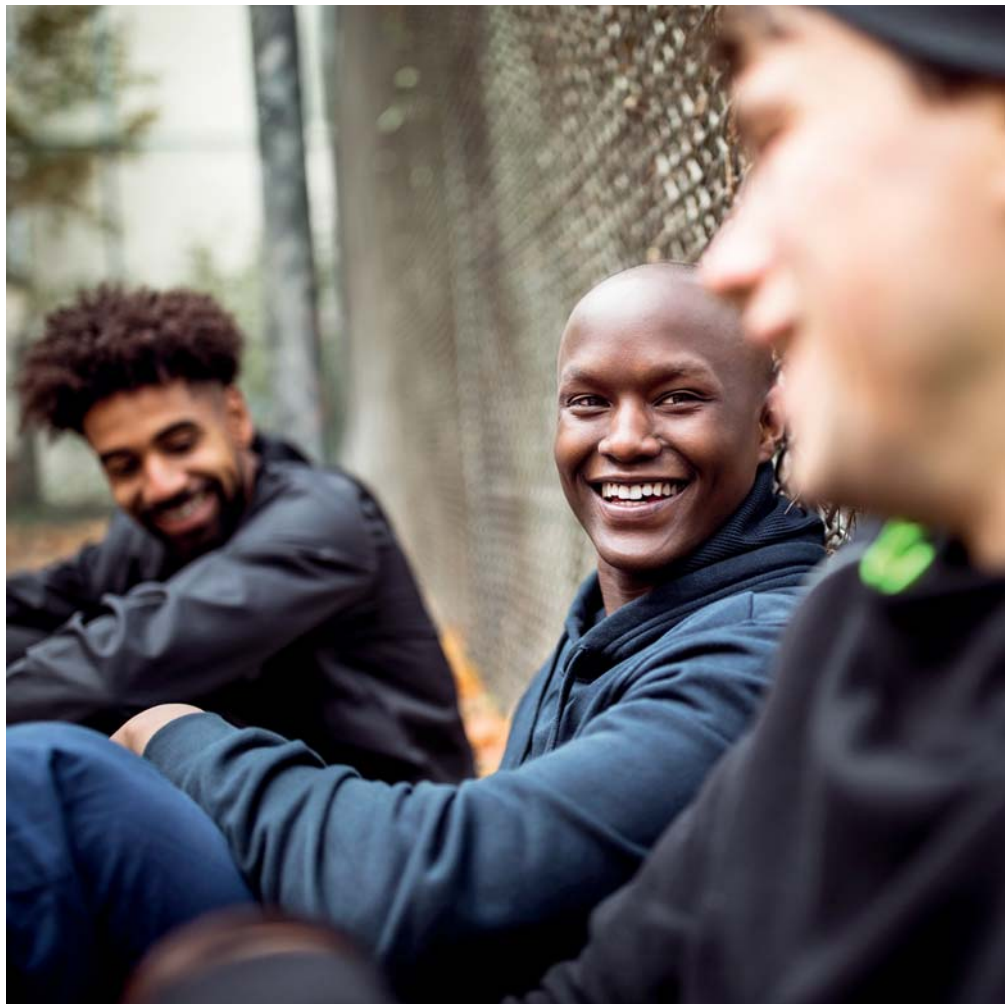
■ Für etwa 19.000 Geflüchtete in vom LAF betriebenen Unterkünften gibt es seit Februar 2021 die **Berliner unabhängige Beschwerdestelle**. Hier können geflüchtete Menschen Kritik und Wünsche zu Ihrer Unterbringung und der Kommunikation mit Behörden äußern. Das Ziel ist es, die Lebens- und Wohnbedingungen in den Unterkünften sowie die Beratung und Betreuung der Geflüchteten nachhaltig zu verbessern.

■ Neben den 20 **modularen Unterkünften** für Geflüchtete, die fertiggestellt wurden, befinden sich 28 weitere Standorte in Errichtung oder Planung. Die modularen Unterkünfte der zweiten Generation werden mit Wohnungsgrundrissen ausgeführt. Später können sie allen wohnungssuchenden Berliner:innen als bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung stehen. Das Ziel ist es weiterhin, Geflüchtete schnellstmöglich in Wohnungen zu vermitteln.

■ Alle Geflüchteten, deren Aufenthalt für mindestens ein Jahr anerkannt wurde, erhalten jetzt unabhängig von ihrem konkreten Status einen **Wohnberechtigungsschein** (WBS).

■ Viele Geflüchtete gehen inzwischen einer sozialversicherungspflichtigen **Beschäftigung** nach. Auch hier befinden wir uns auf einem guten Weg, wissen aber auch, dass es noch viel zu tun gibt. Gerade das Aufenthaltsrecht baut viele Hürden für Geflüchtete auf, die ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt erschweren. Auch deshalb wurde eine Expert:innenkommission gebildet, die die Verfahrenshinweise des Berliner Landesamtes für Einwanderung überarbeiten soll, um solche Hürden abzubauen.

■ Um am Leben in Berlin teilhaben zu können, brauchen alle Geflüchteten **Sprachkurse** – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Berlin ermöglicht deshalb auch Sprachkurse für alle, die keine Kurse vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bekommen, weil ihnen keine „gute Bleibeperspektive“ unterstellt wird.



# MOBIL IN DER STADT

■ Der Preis für das **Sozialticket** (Berlin-Ticket S) für Bus und Bahn wurde zum 1. Juli 2017 von 36 Euro auf 27,50 Euro gesenkt und der Kreis der Menschen, die Anspruch darauf haben, erweitert. Das **Schülerticket** ist seit dem Sommer 2019 für alle Schüler:innen kostenlos. Mit dem VBB-Abo Azubi wurde ein neues Angebot für **Azubis** geschaffen, mit dem Auszubildende für 365 Euro im Jahr im ganzen Tarifgebiet des VBB fahren können. Ein vergünstigtes **Firmenticket** wurde eingeführt. Der Preis für das Semesterticket konnte 2020 eingefroren werden. Eine Studie zu möglichen zukünftigen Finanzierungssäulen des ÖPNV wurde erstellt, deren Ergebnisse wir nun mit der Öffentlichkeit diskutieren.

■ Mit dem **Mobilitätsgesetz** bringen wir die soziale und ökologische Verkehrswende voran, indem der Umweltverbund aus öffentlichem Nahverkehr, Radverkehr und Zu-Fuß-Gehen Vorrang bekommt. Die ersten Teile des Gesetzes, die im intensiven Dialog mit der Initiative „Radvolksentscheid“ sowie anderen Umwelt- und Verkehrsverbänden erarbeitet wurden, sind im Sommer 2018 verabschiedet worden. Um **Zu-Fuß-Gehen** sicher, bequem und barrierefrei zu machen, wurde das Mobilitätsgesetz Anfang 2021 um einen weiteren Teil ergänzt. Darin werden zum Beispiel abgesenkte Bordsteine, längere Grünphasen an der Ampel und mehr Sitzbänke festgelegt. Als nächstes werden Regelungen für einen stadtverträglichen und emissionsarmen Wirtschaftsverkehr sowie zu neuer Mobilität getroffen.

■ Die Investitionen in neue sichere **Radwege** wurden massiv erhöht. Geschützte Radstreifen, die farbig beschichtet und durch Poller vom Autoverkehr getrennt sind, werden angelegt. Bereits fertiggestellt sind sie beispielsweise an der Hasenheide, der Karl-Marx-Allee und der Allee der Kosmonauten. 12 neue Fahrradstraßen sind entstanden. Über 7.500 Bügel zum Abstellen von Fahrrädern wurden neu installiert. Mit Pop-up-Radwegen wurde während der Coronakrise kurzfristig das Fahrradfahren sicherer gemacht, diese werden jetzt verstetigt.

■ Mit dem neuen **Nahverkehrsplan** baut Rot-Rot-Grün das Angebot und die Kapazitäten im ÖPNV in ganz Berlin deutlich aus und erhöht die Investitionen in den ÖPNV massiv. Dazu gehören dichtere Takte und neue Fahrzeuge für Busse, Straßenbahnen, S und U-Bahnen.

■ Wir haben im Abgeordnetenhaus beschlossen, einen landeseigenen Fahrzeugpool für **S-Bahnen** aufzubauen, damit das Land einen direkten Einfluss auf die Wartung der Fahrzeuge hat und um die Grundlage für eine Kommunalisierung der S-Bahn zu legen.

■ Ein Abkommen mit Brandenburg zur Verbesserung des **S-Bahn- und des Regionalverkehrs** wurde geschlossen. Mit dem Projekt i2030 wird die Planung der Bahnstrecken vorangetrieben.

■ Die Planung neuer **Straßenbahnstrecken** wird mittelfristig 16 neue Verbindungen schaffen. Die neue Strecke von Adlershof zum S-Bahnhof Schöneweide ist seit 2020 im Bau und soll noch 2021 fertig werden. Die Linksfraktion setzt sich dafür ein, dass der Ausbau der Straßenbahn zur Priorität wird, denn dieser ist klimafreundlich und kann günstig und zeitnah umgesetzt werden.

■ Damit der Busverkehr besser fließt, werden **neue Busspuren** angelegt. Die BVG darf jetzt auch selber falschparkende Autos abschleppen, die den Busverkehr behindern. Bereits 140 E-Busse sind in Berlin unterwegs, bis 2030 soll die ganze Busflotte elektronisch fahren.

■ Um zu vermeiden, dass **E-Tretroller**, Scooter oder Leihfahrräder kreuz und quer auf Fußgängerwegen abgestellt werden, will die Linksfraktion das Anbieten von Sharing-Fahrzeugen besser regulieren und eine entsprechende Gesetzesänderung noch diese Wahlperiode beschließen.

■ Mit temporären **Spielstraßen** wird Platz und mehr Lebensqualität insbesondere in Kiezen mit wenig Möglichkeiten zum Spielen geschaffen, 2020 gab es davon bereits 48. Ein weiteres Pilotprojekt, um den städtischen Raum zugunsten der Fußgänger:innen umzuverteilen, ist die autofreie Friedrichstraße.

■ Berlin hat eine Initiative für verpflichtende **Abbiegeassistenten** für



LKW in den Bundesrat eingebracht, die vom Bundesrat auch angenommen wurde. Außerdem sollen die landeseigenen Betriebe als gutes Beispiel voran gehen und ihre Fuhrparks mit Abbiegeassistenten ausrüsten. Das kann die Gefahren für Fahrradfahrer:innen und Fußgänger:innen durch rechtsabbiegende LKW deutlich verringern.

■ Auch in Berlin wurden Fahrverbote für alte Dieselfahrzeuge gerichtlich angeordnet. Das Verbot ist eine Ohrfeige für die Politik der Bundesregierung gegenüber der Autoindustrie. Um die Verbraucher:innen und die Gesundheit aller zu schützen, haben wir in Berlin eine Bundesratsinitiative für die verpflichtende **Hardware-Nachrüstung** durch betrügerische Autohersteller auf den Weg gebracht. Bei der Umsetzung der Fahrverbote verhindern wir soziale Härten.

■ Im zweiten Untersuchungsausschuss des Abgeordnetenhauses zum **Flughafen BER** liegt der Fokus der Linksfraktion auf den Baufirmen. Wir wollen herausfinden, warum die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg in der Vergangenheit Verträge mit Baufirmen zum Nachteil der Steuerzahler:innen geschlossen hat. Durch die aufgesetzte Vertragsbasis hat sich die Flughafengesellschaft in große Abhängigkeit von Fremdfirmen gebracht. Am 31. Oktober 2020 wurde der BER schließlich eröffnet. Der marode Flughafen Tegel wurde danach geschlossen. Das Gelände wird zu einem neuen Stadtquartier mit 5.000 Wohnungen sowie einem Forschungs- und Industriepark weiterentwickelt.



# KLIMASCHUTZ

## SOZIAL GERECHT

■ Berlin wird das **Stromnetz** von Vattenfall übernehmen und die Energieversorgung damit wieder in die öffentliche Hand bringen. Dafür hatte sich die Linksfraktion lange eingesetzt, denn die grundlegende Infrastruktur der Stadt gehört nicht in private Hände. Zuvor gab es einen jahrelangen Streit vor Gericht mit Vattenfall um die Vergabe des Stromnetzes an das landeseigene Unternehmen BerlinEnergie.

■ Mit der Anerkennung der **Klimanotlage** hat sich Berlin zum internationalen Klimaschutz-Abkommen von Paris und zu dem dort definierten Ziel bekannt, die globale Erderwärmung möglichst auf nicht mehr als 1,5 Grad Celsius zu begrenzen und Berlin schnellstmöglich klimaneutral zu machen. Mit der Überarbeitung des Energiewendegesetzes, das noch 2021 beschlossen werden soll, werden unter anderem strenge Energiestandards für öffentliche Gebäude festgelegt.

■ Rot-Rot-Grün hat den **Kohleausstieg** Berlins bis spätestens 2030 beschlossen. Damit werden dann zwei Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich eingespart. Ein wichtiger Meilenstein dafür war das Ende der Kohleverbrennung im Kraftwerk Klingenberg im Mai 2017.

■ Wir haben die von der CDU in der vergangenen Legislaturperiode erzwungenen Einschränkungen für die Betätigung des **Berliner Stadtwerks** aufgehoben und es mit zusätzlichem Eigenkapital ausgestattet. Alle Berliner:innen können jetzt Kund:innen des Stadtwerks werden. Das Stadtwerk produziert Strom aus erneuerbaren Energien.

■ **Solarenergie** ist die erneuerbare Energie, die in einer Großstadt am besten genutzt werden kann. Dank dem Stadtwerk kommt Berlin beim Ausbau von Solarenergie auf Dächern voran. Mit dem Solargesetz, das noch 2021 beschlossen werden soll, werden Solaranlagen bei Neubauten verpflichtend. Der Linksfraktion ist wichtig, dass die Kosten dafür nicht auf die Mieter:innen umgelegt werden können.



■ Mit dem Beschluss des **Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms** (BEK) gibt es nun einen Handlungsrahmen für die Klimaschutzpolitik des Landes. Dazu gehören etliche Beratungsangebote und Förderprogramme; etwa zum Austausch von Ölheizungen.

■ Klimaschutz geht alle an. Berlin bekommt deshalb einen **Klima-Bürger:innenrat**, der Vorschläge und sozial gerechte Handlungsempfehlungen für ein klimaneutrales Berlin entwickeln soll.

■ **Umweltschutz** ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Ärmere Menschen wohnen oft in Gebieten, die großen Umweltbelastungen ausgesetzt sind. Im März 2019 hat der Senat einen Bericht veröffentlicht, der Umweltbelastungen und soziale Indikatoren auf Ebene der einzelnen Stadtquartiere darstellt. Auf dieser Grundlage müssen jetzt Maßnahmen erarbeitet werden, um Umweltbelastungen zu senken und die Lebensqualität in den benachteiligten Stadtquartieren zu erhöhen. Die Linksfraktion setzt sich für eine breite Beteiligung vor Ort ein, um praktikable und soziale Lösungen für eine gesunde Umwelt zu erreichen.

■ Wir wollen die **Kleingärten** als wichtige Grünflächen in der Stadt schützen.

zen und erhalten. In einem ersten Schritt werden deshalb die Schutzfristen für Kleingärten auf landeseigenen Flächen bis 2030 verlängert. Die Linksfraktion will die Flächen von Kleingärten zudem per Gesetz sichern und hat dafür einen Entwurf vorgelegt.

■ Für ein saubereres Berlin wurde die **Parkreinigung** durch die BSR auf weitere Parks ausgeweitet, die BSR reinigt jetzt 79 Grünanlagen. Um die Stadtnatur zu stärken, werden Parkanlagen erneuert, Parkmanager eingestellt, neue Bäume gepflanzt und alte Bäume besser gepflegt. Die Bezirke haben mehr Personal bekommen, um das illegale Abladen von Sperrmüll zu verhindern.

■ Rot-Rot-Grün will **Trinkwasser** für die Berlinerinnen und Berliner an öffentlichen Plätzen frei zugänglich machen. Dafür wurden bereits 174 neue Trinkbrunnen und Trinkwasserspender in der Stadt aufgestellt.

■ Neue **barrierefreie öffentliche Toiletten** wurden entwickelt und in der ganzen Stadt aufgestellt. Die Anzahl der Standorte wurde auf 281 deutlich erhöht, bis Ende 2022 sollen es 366 werden.

■ Um den riesigen Verbrauch an umweltschädlichen Einwegbechern zu reduzieren, hat die rot-rot-grüne Koalition eine berlinweite Initiative für **Mehrwegbecher** ins Leben gerufen (Better World Cup).

■ Die **Bioabfalltonne** wurde ab April 2019 flächendeckend eingeführt. Damit soll die Menge des gesammelten Bioabfalls verdoppelt und ökologisch hochwertig verwertet werden.

■ Wir haben eine hauptamtliche **Tierschutzbeauftragte** sowie einen Tierschutzbeirat eingesetzt und investieren in die Entwicklung von Alternativmethoden zu Tierversuchen.

■ Erstmals hat das **Tierheim Berlin** im Haushalt Zuschüsse erhalten, um seine wichtigen Aufgaben erfüllen zu können.

■ Da Tiere ihre Rechte nicht selber vor Gericht einklagen können, haben wir das „**Tierschutzverbandsklagerecht**“ eingeführt. Damit können Tierschutzverbände die Interessen von Tieren nun auch vor Gericht vertreten.

# GESUNDHEITSWESEN STÄRKEN

■ Die Coronapandemie hat erneut gezeigt, wie wichtig ein starkes öffentliches Gesundheitswesen ist. Um die medizinische Versorgung der Berlinerinnen und Berliner auf hohem Niveau zu garantieren, brauchen die **Krankenhäuser** dringend auch weiterhin mehr Investitionsmittel. Rot-Rot-Grün hat die überfällige Trendwende bei der Finanzierung insofern eingeleitet, dass der Zusammenhang zwischen einer unzureichenden öffentlichen Investitionspolitik und dem überall spürbaren Personalmangel in den Kliniken endlich erkannt wurde und daraus auch die ersten Konsequenzen durch die deutliche Erhöhung der Investitionsmittel gezogen wurden. Die Linksfraktion hat in den Haushaltsverhandlungen eine weitere Aufstockung der Mittel erreicht und wird sich auch weiterhin für mehr Investitionsmittel für die Krankenhäuser stark machen.

■ Die **Charité Facility Management GmbH (CFM)** wurde **rekommunalisiert**. Die CFM ist für die nichtmedizinischen und nichtpflegerischen Dienstleistungen an der Charité zuständig und war zu 49 Prozent in privatem Besitz. Seit Januar 2019 gehört sie wieder vollständig der Charité und damit dem Land Berlin.

■ Anfang Oktober 2018 hat die **Clearingstelle** für Menschen ohne Krankenversicherung bei der Stadtmission am Hauptbahnhof eröffnet. Die Clearingstelle wird als Erstanlaufstelle prüfen, ob Menschen ohne Versicherungskarte dennoch Anspruch auf Leistungen haben. Das Ziel ist es, die Menschen in eine Krankenkasse zu vermitteln. Seit April 2020 stellt die Clearingstelle auch **anonyme Krankenscheine** aus, durch die ambulante Behandlungen durch niedergelassene Ärzte möglich gemacht werden.

■ Auch die immense Bedeutung des **Öffentlichen Gesundheitsdienstes** ist in der Coronapandemie wieder deutlich geworden. Für Ärzt:innen im Öffentlichen Gesundheitsdienst wurde die Möglichkeit einer Anpassung ihrer Gehälter an das Tarifniveau ihrer Kolleg:innen in den landeseigenen

Kliniken geschaffen. Damit ist ein erster wichtiger Schritt gelungen, die teils gravierenden Gehaltsunterschiede endlich auszugleichen und somit die Attraktivität der ärztlichen Tätigkeit im Rahmen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes zu erhöhen.

■ Der **Kampf gegen AIDS** und die HIV-Prävention werden mit deutlich mehr Geld gestärkt. Ein Modellprojekt zur HIV-Prophylaxe hat im Oktober 2018 seine Arbeit aufgenommen.

■ Der Senat hat eine Bundesratsinitiative für eine **solidarische Bürgerversicherung** eingebracht.

■ Um gesundheitliche Risiken für Drogenkonsument:innen insbesondere in der Clubszene zu verringern, ist das Projekt **drug-checking** in Vorbereitung, bei dem Beratungsstellen Substanzen zur Analyse entgegennehmen sollen.

■ Im Kampf gegen Corona wurden in Berlin sechs Impfzentren und 60 mobile Impfteams, die vor Ort zum Beispiel in Pflegeheimen impfen, geschaffen. Damit ausreichend **Impfstoff** für alle Menschen weltweit produziert wird, wollen wir, dass die Impfstoff-Patente freigegeben werden. Per Beschluss des Abgeordnetenhauses haben wir den Bundesgesundheitsminister aufgefordert, endlich die gesetzlichen Möglichkeiten auszunutzen. Deutschland soll sich zudem auf internationaler Ebene für Zugang zu Impfstoff für die Ländern des Globalen Südens einsetzen.



# LEBENDIGE DEMOKRATIE, FUNKTIONIERENDE VERWALTUNG

■ Mit der Änderung des Abstimmungsgesetzes haben wir die **direkte Demokratie** in Berlin gestärkt. So werden Volksentscheide künftig grundsätzlich gleichzeitig mit Wahlen stattfinden und es gibt klare Fristvorgaben für Prüfungen durch den Senat.

■ Die Maßnahmen zur Bekämpfung von Corona müssen demokratisch legitimiert sein. Die demokratischen Fraktionen des Abgeordnetenhauses haben deshalb im Januar 2021 das Covid19-**Parlamentsbeteiligungsgesetz** auf den Weg gebracht. Das Abgeordnetenhaus hat jetzt die Möglichkeit zu Einspruch und Korrektur der vom Senat beschlossenen Rechtsverordnungen.

■ Wir schaffen das weitreichendste **Lobbyregister** aller Bundesländer. Interessenvertretung gehört zur Demokratie, muss aber transparent und nachvollziehbar. Durch den legislativen Fußabdruck werden alle erfasst, die auf einen Gesetzentwurf Einfluss genommen haben.

■ Um die **Bezirke** in die Lage zu versetzen, ihren vielfältigen Aufgaben gerecht zu werden, wurden ihnen im Haushalt deutlich mehr Mittel zugewiesen.

■ Die Vorgaben für den **Personalabbau** in den Bezirken wurden endlich **abgeschafft**. Geld für neue Stellen wurde bereitgestellt.

■ Mit der **Hauptstadtzulage** bekommen Beamte und Angestellte im Landesdienst bis einschließlich Gehaltsgruppe A13/E13 seit November 2020 eine Zulage von 150 Euro brutto. Die Zulage ist mit einem Zuschuss zu einem Firmenticket für Bus und Bahn verknüpft, um die





Beschäftigten zu motivieren, auf Verkehrsmittel des öffentlichen Nahverkehrs umzusteigen.

■ Die **Digitalisierung** der Verwaltung ist eine drängende Aufgabe, das hat die Pandemie erneut deutlich gemacht. Die Ausgaben dafür wurden auf 440 Millionen Euro in zwei Jahren erhöht. Auch die landeseigenen Unternehmen werden mit mehr Mitteln bei Cyber-Sicherheit und Datenschutz gestärkt. Das städtische WLAN Free WiFi Berlin wurde auf 8.000 Hotspots ausgebaut.

■ Berlin spart nicht mehr beim Personal und hat die **Beamtenbesoldung** über die Wahlperiode hinweg an den Durchschnitt der anderen Bundesländer angepasst. Um den Rückstand aufzuholen, gab es jährliche Besoldungserhöhungen, die um mehr als einen Prozentpunkt über denen der anderen Länder lagen. Auch die Selbstbeteiligung der Beamt:innen bei den Gesundheitskosten wurde abgeschafft.



# SICHERHEIT STATT ÜBERWACHUNG

■ Die Linksfraktion hatte sich intensiv für die Stelle einer oder eines unabhängigen **Bürger- und Polizeibeauftragten** eingesetzt, wodurch Missstände oder Fehlverhalten innerhalb der oder durch die Polizei Berlin besser aufgeklärt werden sollen. Das Gesetz wurde im November 2020 beschlossen. Die entsprechende Stelle muss nun zügig eingerichtet und besetzt werden.

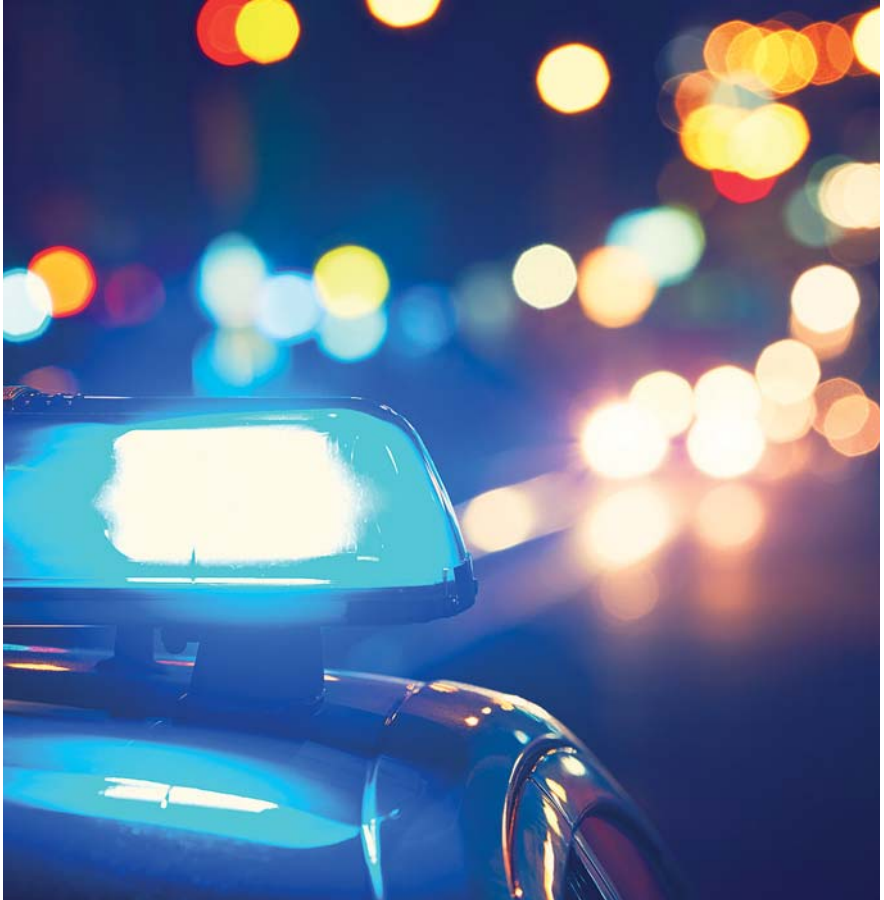
■ Mit der Reform des **Polizeigesetzes** (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG)) zeigen wir, dass progressive Innenpolitik möglich ist. Während Polizeigesetze bundesweit verschärft werden, stärken wir in Berlin stattdessen die Rechte der Bürger:innen, schränken Befugnisse der Polizei ein und verbessern die Kontrolle polizeilichen Handelns. Das Gesetz wurde Anfang März 2021 beschlossen.

■ Berlin ist Demo-Hauptstadt. Mit dem neuen **Versammlungsfreiheitsgesetz** haben wir bundesweit das liberalste Versammlungsgesetz geschaffen und das Demonstrieren erleichtert. Das Gesetz wurde im Februar 2021 beschlossen.

■ Mehr Sicherheit kann nicht durch Videoüberwachung, sondern nur durch mehr Polizist:innen und Feuerwehrleute vor Ort geschaffen werden. Deshalb wurden die Stellen bei der Polizei und der Feuerwehr deutlich aufgestockt. Bei der Feuerwehr wurden **858 neue Stellen** und bei der Polizei **2.260 neue Stellen** geschaffen.

■ Polizei und Feuerwehr werden besser ausgestattet, sodass circa 1100 **neue Fahrzeuge** für die Polizei Berlin und circa 325 neue Fahrzeuge für die Feuerwehr finanziert wurden.

■ Für kiezbezogene Kriminalprävention und zur **Demokratieförderung** (Projekte gegen Rechts) stehen erheblich mehr Mittel zur Verfügung als bislang.



■ In den öffentlichen Verkehrsmitteln sind **Doppelstreifen** von Polizist:innen und BVG-Mitarbeiter:innen eingeführt worden. Mit der neu errichteten **Alexwache** wird für mehr Sicherheit auf dem Alexanderplatz gesorgt. Durch mobile Wachen entsteht zudem eine bessere Ansprechbarkeit der Polizei vor Ort.

■ Der Einsatz von **V-Leuten** bei Polizei und Verfassungsschutz wurde **eingeschränkt** und muss durch die jeweils politisch verantwortliche Führungsebene genehmigt werden.

■ Die sinnlose **Null-Toleranz-Zone** gegen Drogendelikte im Görlitzer Park ist wieder **abgeschafft** worden.

■ Die schon unter der Vorgängerregierung beschlossene Erleichterung der **Kontrolle von Funkzellenabfragen** wurde ernsthaft umgesetzt.

■ Die Möglichkeiten der Polizei, **anlasslose Kontrollen** durchzuführen, wurden weiter **eingeschränkt**. Die Polizei muss sogenannte „kriminalitätsbelastete Orte“ nun veröffentlichen.

■ Mit 226 zusätzlichen Stellen im Bereich der **Gerichte** und Staatsanwaltschaften hat Rot-Rot-Grün für den größten Stellenzuwachs in der Berliner Justiz seit der Wiedervereinigung gesorgt.

■ Im **Kampf gegen Geldwäsche** und organisierte Kriminalität ist die Beschlagnahme illegal erworbener Vermögen, wie zum Beispiel Immobilien, durch Polizei und Justiz gestärkt worden. Entzogene Immobilien können jetzt auch für soziale Zwecke eingesetzt werden. Außerdem bringt Berlin eine Initiative für ein bundesweites **Immobilienregister** in den Bundesrat ein.

■ Um den islamistischen Terroranschlag am Breitscheidplatz aufzuklären, wurde Bruno Jost vom Senat als Sonderermittler beauftragt. Nachdem dieser Versäumnisse beim LKA aufdeckte, hat das Abgeordnetenhaus von Berlin einen **Untersuchungsausschuss** eingesetzt.

■ Eine unabhängige Untersuchung der rechtsextremen Terrorserie in **Neukölln** ist dringend nötig. Dazu wurde vom Innensenat im Herbst 2020 eine Sonderkommission eingesetzt. Für die Linksfraktion ist klar: Diese ist ein Auftakt, ersetzt aber keinen Untersuchungsausschuss. Da die verbleibende Zeit in dieser Wahlperiode für eine umfassende Aufklärung durch einen Untersuchungsausschuss nicht mehr ausreicht, setzt sich die Linksfraktion für einen Untersuchungsausschuss gleich zu Beginn der kommenden Legislaturperiode ein.

■ Die Linksfraktion will, dass **Einkommensmillionär:innen** bundesweit regelmäßig steuerlich überprüft werden. Dafür hat Berlin eine Initiative im Bundesrat gestartet.

# FÜR EIN SPORTLICHES BERLIN

■ Durch eine mehrjährige **Fördervereinbarung** mit dem Landessportbund Berlin und deutlich mehr Geld im Haushalt kann der Breiten- und Leistungssport sicher planen. Zum Beispiel profitieren hiervon die Bezirkssportbünde durch jeweils eine halbe Stelle zur Unterstützung des Sportbetriebs im Bezirk. Die Finanzierung von Übungsleiter:innen und Trainer:innen wurde verbessert.

■ Um für zuverlässige Öffnungszeiten zu sorgen, wurde auch für die **Berliner Bäder-Betriebe** mehr Geld für Personal und Instandhaltung im Haushalt eingestellt. Die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen haben außerdem die Überarbeitung des Bäderkonzeptes angestoßen, um soziale Eintrittspreise zu garantieren und den Service in den Bädern zu verbessern. Dazu gehören auch ein klarer Fahrplan für die Sanierung der Bäder, zusätzliche Bäderkapazitäten und die Erarbeitung eines Bädervertrages, der ab 2021 diese Entwicklungen vertraglich absichert.

■ Sport und Bewegung brauchen mehr Platz in der Stadt. Die **Bezirke** haben deshalb zusätzliche Gelder erhalten und erarbeiten zurzeit Sportentwicklungspläne.

■ Um die **Sportanlagen** der Bezirke zu sanieren, werden den Bezirken weiterhin 18 Millionen Euro jährlich zusätzlich zur Verfügung gestellt.

■ Die Zusammenarbeit von **Schulen und Kitas** mit dem Vereins- und Profisport wurde finanziell ausgebaut. Das **Schwimmenlernen** wird durch die Zusammenarbeit mit dem Schwimmsport in Schulschwimmzentren zusätzlich gefördert und durch Ferienschwimmkurse ergänzt. Darüber hinaus wurde Inklusion im Sport als Schwerpunkt verankert.

■ Wir wollen die **Schulbauoffensive** nutzen, um Sportflächen auszubauen. Beim Bau der Sporthallen und -plätze an Schulen sollen zusätzliche, über den Unterrichtsbedarf hinausgehende Kapazitäten geschaffen



werden. Hierfür stehen erstmals für Modellprojekte auch extra finanzielle Mittel zur Verfügung.

■ **Inklusion** im Sport erhält mit der Weiterentwicklung des **Jahnsportparks** ein neues Zentrum in der Stadt. Alle Sportanlagen sollen hier inklusiv nutzbar sein. Die Planungen für die Umsetzung beginnen 2021 mit einem breiten Beteiligungsprozess im Rahmen eines städtebaulichen Verfahrens.

■ **Leistungssportler:innen** können nun auch eine Ausbildung bei der Berliner Verwaltung und den Berliner Unternehmen mit Beteiligung des Landes absolvieren. Damit sind Sportler:innen für eine Ausbildung im öffentlichen Sektor nicht mehr nur auf die Bundeswehr oder die Bundespolizei angewiesen.

■ **Fairtrade** wurde auch im Sport fest etabliert.

# WISSENSCHAFTS-STADT

■ Mit den **Hochschulverträgen** bekommen die Hochschulen bis 2023 jedes Jahr 3,5 Prozent mehr Geld und damit sichere finanzielle Rahmenbedingungen. Wir gehen gegen prekäre Beschäftigung im Wissenschaftsbereich vor: Für Daueraufgaben werden auch Dauerstellen geschaffen; mindestens 35 Prozent des wissenschaftlichen Personals soll dauerhaft unbefristet beschäftigt werden, die Mindestvergütung für Lehrbeauftragte wurde 2018 von 24,50 Euro auf 35 Euro und 2019 dann auf 37,50 Euro erhöht. Sachgrundlose Befristungen werden an Hochschulen nicht mehr angewendet.

■ Es konnte eine Einigung über den **Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte** erzielt werden. Nach 17 Jahren Stagnation bekommen studentische Hilfskräfte nun 12 Prozent mehr Lohn. Die weiteren Lohnsteigerungen, aber auch die Anbindung an den Tarifvertrag der Länder verhindern zukünftig, dass studentische Hilfskräfte wieder von der allgemeinen Lohnentwicklung abgehängt werden.

■ An den Hochschulen werden **mehr Lehrer:innen** ausgebildet. Die Absolvent:innenzahl wird bis zum Jahr 2022 pro Jahr von 1.000 auf 2.000 Lehrkräfte verdoppelt. Außerdem wurde die Anzahl der Studienplätze für Sozialarbeiter:innen, Verwaltungsfachleute und Pflege erhöht.

■ Um den Semesterbeitrag der Studierenden stabil zu halten und diese nicht weiter zu belasten, wurde mit dem Haushalt für 2020/2021 der Zuschuss des Landes Berlin zum **Studierendenwerk** um 3,5 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Dadurch können die Angebote des Studierendenwerkes (Mensen, Beratung, Wohnen) nun auch ausgebaut werden.

■ Von der Coronapandemie sind auch Studierende betroffen. Um Härten abzufedern, wurde die **Regelstudienzeit** im Sommersemester 2020, Wintersemester 2020/2021 und Sommersemester 2021 um jeweils ein Semester verlängert. Dadurch erhalten Studierende zum Beispiel länger BAföG oder ihre Stipendien verlängern sich.



■ Durch die Pandemie konnten Studierende ihrem Studium nur eingeschränkt nachgehen. Deshalb werden die im Sommersemester 2020, im Wintersemester 2020/2021 und Sommersemester 2021 durchgeführten **Prüfungen** nicht auf die maximale Anzahl möglicher Prüfungen angerechnet. Es wird also niemand aufgrund von nicht bestandenem Prüfungen exmatrikuliert. Auch die Fristen, in denen Promotionen abgeschlossen werden müssen, wurden in den drei Semestern ausgesetzt.

■ Der Preis für das **Semesterticket** wird durch Zuschüsse des Landes an den VBB mindestens im Jahr 2021 stabil gehalten.

■ Das **Programm „Wissen für Berlin“** fördert mit 1,5 Millionen Euro jährlich Forschungsprojekte, die sich mit Berlin und seiner sozialen und nachhaltigen Entwicklung beschäftigen.



DIE LINKE. Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Niederkirchnerstraße 5 | 10111 Berlin

fon: 030.23252500 | fax: 030.23252515

V.i.S.d.P. Stefanie Graf

Bildnachweise: Titel: AdobeStock/hanohiki, S.3/9: Rico Prauss,  
S.4/5: Pexels/Allan Feitor, S.7: iStock/Fred Froese, S.15: iStock/  
Filadendron, S.18/19: iStock/Scharfsinn86, S.23: iStock/  
ridofranz, S.26: iStock/Den Kuvaiev, S.27: iStock/People Images,  
S.29: Pixabay/rihajj, S.33: iStock/alvarez, S.36/43: Stefanie  
Graf, S.38: Pixabay/dmncwndrlch, S.41: iStock/amriphoto, S.45:  
iStock/Chalabala, S.48: iStock/Imgorthand, S.50: iStock/kzenon

Stand: 1. Juni 2021 | Auflage 5.000

**[www.linksfraktion.berlin](http://www.linksfraktion.berlin)**



Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

